



Unsere schlesische Heimat

Jahrgang 2014 - Nr. 7

- Verlagsort: 40501 Düsseldorf, Postfach 11 01 35 -

<http://www.bgd1.com>

Schlesien - da war doch was?

Wie Sie auf Seite 36 lesen können, begannen Bemühungen um Schlesien:

Bald ein Bundesland Schlesien?

- aus „Deutsche Umschau“, April 1990 - zwar nicht erst an diesem Datum, jedoch ab damals bis auf den heutigen Tag ist die Sehnsucht geblieben.

Es war einmal - so fangen Märchen an - jedoch der Zusammenschluß von Bombenopfern und Heimatvertriebenen in einer politischen Partei, dem 200 000 Mitglieder zählenden BHE, der bis 1963 an einigen Landesregierungen und von 1953 bis 1957 mit zwei Ministern und 25 Abgeordneten am zweiten Bundeskabinett Adenauer beteiligt war, die allerdings 1955 zur CDU wechselten - ist kein Märchen!

Tatsache ist auch, daß bereits damals Zusammenarbeit mit den Vertriebenenverbänden unter Spannungen standen, obwohl im 2. Kabinett Adenauer die Ministerien für Vertriebene (Theodor Oberländer) und für Sonderaufgaben (Waldemar Kraft) saßen. Eine Minderheit im BHE schloß sich mit Kraft und Oberländer (seit 1954 Parteivorsitzender) der CDU/CSU-Fraktion an.

Dieser Wechsel, viele sahen es als Verrat an, wirkt bis auf den heutigen Tag. Ob Landsmannschaften oder BdV - Mitglieder in den Landsmannschaften und BdV-Kreis- bzw. Ortsverbänden bemühen sich um Gedankenaustausch, der sich vorwiegend in Ereignissen aus der Vergangenheit bewegt.

Allein schon der Begriff politische Partei wird unangenehm empfunden, es sei dann, es ist die Partei zu der damals, vor faßt 70 Jahren, Oberländer und Kraft hinüberwechselten und bis auf den heutigen Tag zur Heimat eines großen Teiles der Eliten und Funktionäre vom BdV und den Landsmannschaften geworden ist.

Mit der Gründung des „Bund für Gesamtdeutschland“ am 12. August 1990 in Bonn-Röttgen, Hotel Kottenforst, die als Reaktion auf die Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl in der Stadthalle Bad Godesberg, in der er den Verzicht auf die deutschen Ostgebiete unter großem Protest der anwesenden Heimatvertriebenen öffentlich aussprach, begann mit dem Bund für Gesamtdeutschland eine politische Partei ihre Vertretung der Interessen der Betroffenen aufzunehmen.

Das damals beschlossene Grundsatzprogramm wurde bis auf den heutigen Tag unverändert bei jeder Teilnahme an Wahlen, ob zu Landes- oder Bundestagswahlen eingereicht.

Von Heimatvertriebenen Schlesiern, die diese Achterbahnfahrt der etablierten Parteien von „Dreigeteilt niemals“ über Brands Kniefall in Warschau bis zu den Antwort-Schreiben der Bundeskanzler Schröder und Bundeskanzlerin Merkel mit der Weigerung, sich für das Privat-Eigentum heimatvertriebener Deutscher einzusetzen, verfolgt hat, erwarten wir Hilfe und Unterstützung.

Mit der Gründung unseres Landesverbandes Schlesien im BGD am 3. März 2012 in Rietschen setzten wir erneut ein Zeichen für Schlesien. Bereits bei der Anhörung in Chemnitz 1990 forderten wir ein Land Schlesien in der BRD.

Wegen Weigerung des Landratsamtes in Görlitz anlässlich der Bundestagswahl im Jahr 2013 am 04.07.2013 - „Ein Landesverband Schlesien kann im Freistaat Sachsen keinen Kreiswahlvorschlag einreichen“ - den Wahlvorschlag unseres Landesverbandes Schlesien anzunehmen, reichten wir Organklage beim Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen ein. Aktenzeichen Vf 94-1-13.

Liebe Schlesier, so Sie noch Kraft haben, sich für Schlesien einzusetzen - helfen Sie uns bitte.

Horst Zaborowski
Bundesvorsitzender und Schriftleiter

Aus Löbau berichtet

In der Sächsischen Zeitung vom 25./26. Januar 2014 war zu lesen, daß z. B. im Jahr 2003 für die Nutzung des CIA-Gefängnisses in Polen 15 Millionen Dollar an den polnischen Geheimdienst bar und in Pappkartons über die US-Botschaft in Warschau gezahlt wurden.

Diese Tatsache ist sicher auch ein Grund dafür, daß Polen sich alle Rechte dieser Welt mit US-Beistand anmaßen darf. Hat man auch aus diesem Grund Polen die deutschen Ostgebiete zuerkannt und in diesem Zusammenhang die grausamsten Verbrechen des letzten Jahrhunderts gestattet oder gar angeordnet, und somit einen Verrat an der Menschenwürde der deutschen Urbevölkerung begangen ?

Und ist man deshalb bestrebt, die bestehenden Geschichtslügen über Nazideutschland unbedingt am Leben zu erhalten? Erfindet man zur Vertuschung der gegenwärtigen grausamen Vergehen und Handlungsweisen immer wieder neue Lügen über Nazideutschland, um den nach dem 2. Weltkrieg verübten Völkermord an 2,5 Millionen der deutschen Zivilbevölkerung im Sinne deren Ausrottung, und durch Raub des gesamten, seit Jahrhunderten durch die Vorfahren erarbeiteten Eigentums und noch anhaltenden Raub der Heimat durch Vertreibung der noch überlebenden über 15 Millionen Menschen klein zu reden ?

Um das deutsche Volk zu demütigen, werden immer neue Verbrechen aus der Zeit der Naziherrschaft erfunden.

Doch eines wird nie erwähnt: Deutschland war am Ende des zweiten Weltkrieges noch im Besitz von Atomwaffen, die nie eingesetzt wurden !!!

Doch nach Kriegsende wurden genau diese Waffen durch die Besatzungsmacht USA in Hiroshima und Nagasaki in grausamster Weise mißbraucht •—— und von niemandem als Verbrechen angeprangert !!!

Die ewigen Schuldzuweisungen und Selbsterniedrigungen der Deutschen sind nicht nur verachtenswert, sondern absolut pervers.

Und die grausamen, jegliches Menschenrecht verachtenden Vertreibungsverbrechen der Nachkriegszeit, dürfen bis heute fortgesetzt werden!

Auch wird in Deutschland für jedes an fremden Menschen begangene Verbrechen, und sei es noch so unwahrscheinlich, ein Gedenkstein gesetzt.

Doch ein solcher, der an das jegliches Menschenrecht verachtende Vertreibungsverbrechen an den deutschen Menschen erinnert, darf nicht gesetzt werden.

Also werden auch damit den deutschen Heimatvertriebenen die Menschenrechte verweigert !

Da stellt sich einem schon die Frage: Wie gerecht ist diese Welt ??? Und wie hoch sind die Forderungen an Geist und Anstand bezüglich derer, die sie beherrschen dürfen ???

Löbau, den 05.02.2014

Dr. med. vet.. Eleonore Rau
Fachtierärztin für Rinder
Neumarkt 1, 02708 Löbau
Tel.: 03585-860611

An den Vorsitzenden
der UNO- Flüchtlingshilfe e.V.
Herrn
Bernd Schlegel
Wilhelmstr. 42
53111 Bonn

Löbau, 04.02. 2013

Werter Herr Schlegel
in Ihrem Brief vom 24. Januar 2013 bitten Sie um Spenden für UNO-Flüchtlingshilfe.

Ich weiß, was es heißt, Flüchtling zu sein. Doch ich weiß auch, daß es um ein Vielfaches grausamer ist, auf primitivste Art bis aufs Letzte beraubt, vertrieben zu werden und erleben zu müssen, wie Politiker und Mitmenschen ohne Geist und Anstand noch dafür sorgen, daß man ein Leben lang mit absurden Geschichtslügen konfrontiert wird.

Menschenrechte werden von unseren Politikern immer wieder eingefordert. Nur nicht, wenn es um die grausamen Verbrechen an Millionen deutschen Heimatvertriebenen geht, denen nicht einmal eine Gedenkstätte zugestanden wird.

Ihr Schirmherr - Bundestagspräsident Dr. Lammer - sprach sich ja bereits 2008 gegen einen Tag des Gedenkens an das laut Präsident Bush grausamste Verbrechen des letzten Jahrhunderts, begangen an den deutschen Heimatvertriebenen, aus!!!

In dieser Angelegenheit sorgt man dafür, daß die Massenmörder- und Vertreiberstaaten noch immer die Hauptempfänger der EU-Gelder sind und Deutschland der Hauptzahler und erwartet sehnlichst das Aussterben derer, die diese, jegliches Menschenrecht verachtenden Verbrechen noch erleben mußten und bezeugen können.

Manchmal fragt man sich schon, wie erbärmlich, geist- und gewissenlos deutsche Politiker sein müssen, um in dieser Art zu reagieren.


Dr. med. vet. Eleonore Rau
Neumarkt 1
02708 Löbau
Tel. 03585 / 86 06 11

Liebe Freunde,

Den rechts nebenstehenden Ausschnitt aus der Lüneburger Zeitung von Herrn Dr. Uffhausen erhielten wir dankenswerterweise von unseren langjährigen Begleitern und Unterstützern, den Eheleuten Ilse und Alfred Vogt.

Wir bedanken uns auch auf diesem Wege für diese langjährige treue ideelle und materielle Unterstützung.

Es sind ja die vielen Einzelnen, die auf sich alleine gestellt, ihre Stimme in Leserbriefen erheben. - Von denen wir leider zu wenig erfahren.

Mit unserer Zeitung „Unsere Deutsche Heimat“ erreichen wir immer noch viele, interessierte Schicksalsbetroffene. Es lindert den Schmerz ein bißchen mehr, wenn man erfährt, daß die vom Schicksal Betroffenen, sich nicht abhalten lassen, anzuklagen und sich zu wehren.

Bitte, wenn Sie zu dieser Dokumentation beitragen können - senden Sie uns diese.

Mit Dank voraus.

Horst Zaborowski,
Schriftleiter und Bundesvorsitzender

Zeche des Krieges „Bund und Land sollen handeln“,

Lüneburger Zeitung vom 20. November 2008

Die Ansicht der SPD-Bundestagskandidatin Lotze zu einem „historisch korrekten Zusammenhang zwischen der Vertreibung der Deutschen und angeblichen (von ihr genannten) „Ursachen“ kann und soll nicht unwidersprochen bleiben.

Äußerungen dieser Art entsprechen sicher der gewollten politischen Sprachregelung („Geschichtspolitik“), aber keineswegs der geschichtlichen Wahrheit. Diese ist vielmehr die, daß die deutschen Bewohner der deutschen Ostgebiete (und des Sudetenlandes, übrigens auch Alt-Polens), deshalb vertrieben worden sind, weil ihre Heimat dem Deutschen Reich weggenommen werden sollte und sie dann - unter fremder Herrschaft - nicht als „störende Minderheit“ leben sollten. Das ist von den Alliierten in Potsdam auch so beschlossen worden.

Soweit Frau Lotze auf vorausgegangenes, von Deutschen begangenes Unrecht verweist, hat das mit der Vertreibung als solches nichts zu tun, allenfalls mit der dabei praktizierten Brutalität.

Überdies betreibt Frau Lotze, sonst nicht erlaubte, „Aufrechnung“. Dabei wird ausgeblendet, daß es allein die Vertriebenen sind, die für deutsche Schuld bezahlen sollen, während doch die Nord-, Mittel-, West- und Süddeutschen nicht weniger dafür verantwortlich sind, was „in deutschem Namen geschehen“ ist

Letztlich ist es natürlich überaus lästig, wenn die Vertriebenen auf ihr Sonderschicksal hinweisen.

Denn durch die Ostverträge scheint ja alles so schön geregelt. Leider ist dabei unterdrückt worden, daß vom Vertreibungsunrecht nach wie vor Menschen betroffen sind, die Vertriebenen und deren Nachkommen, die allein die Zeche des letzten Krieges bezahlt haben.

Wenn die Nicht-Vertriebenen wenigstens das dankbar anerkennen würden!

Mitnichten! Vielmehr müssen sich die Vertriebenen als „Ewiggestrige“ beschimpfen lassen!

Dr. Uffhausen
Lüneburg

Bald ein Bundesland Schlesien?

- aus „Deutsche Umschau“, April 1990 -

In den Städten und Kreisen des westlich der Neiße gelegenen Teils von Schlesien wird seit Wochen intensiv über die Bildung eines eigenen Landes nachgedacht.

Die Stadt- und Landkreise Görlitz und die Kreise Hoyerswerda, Niesky und Weißwasser waren im Jahr 1945 durch einen Beschluß der „Sowjetischen Militäradministration für Deutschland“ (SMAD) willkürlich dem Land Sachsen zugeschlagen worden.

Bei Suspendierung der mitteldeutschen Länder und Bildung der „DDR-Bezirke“ sieben Jahre später kamen Görlitz und Niesky zu Dresden, Hoyerswerda und Weißwasser zum „Bezirk Cottbus“.

Nun befürchten die Schlesier, im Zuge der Länderbildung abermals ungefragt zu Sachsen zu kommen und besinnen sich auf ihre schlesische Herkunft, die über vierzig Jahre hinweg tabuisiert wurde.

Mittlerweile stellt der aufmerksame Reisende, der von Dresden nach Görlitz fährt, fest, daß die weißgrünen Sachsenfahnen in Richtung Osten immer spärlicher werden und nach und nach von den weißgelben Farben Schlesiens abgelöst werden.

Im Stadtbild von Görlitz ist die Schlesienfahne vielfach keine Seltenheit und hängt einträchtig neben „Schwarz-Rot-Gold“.

Auch Flugblätter werden in der Stadt verteilt und aufmerksam gelesen, in denen es etwa heißt: „Die Kreise Görlitz, Rothenburg, Hoyerswerda haben das Recht auf Wahrung ihrer schlesischen Eigenart. Sie gehören nicht zu Sachsen! Den Schlesiern ein Land Schlesien.“ Darüber findet man kommentarlos aber beziehungsreich den Artikel 23 des Grundgesetzes abgedruckt.

Die Diskussion ging von einigen Basisgruppen wie der anfangs anonym operierenden „Unabhängigen Initiativgruppe Niederschlesien“ oder einer „Schlesisch-Regionalen Freiheitsfront“ aus, aber auch die Amtsträger der Städte und Kreise in der schlesischen Oberlausitz sehen sich inzwischen in Zugzwang, da die Vorbereitung eines neuen Landes Schlesien rasche Fortschritte macht.

So ruft der Görlitzer Oberbürgermeister, der seit November im Amt ist und Anfang des Jahres die SED-PDS verlassen hat, in der „Sächsischen Zeitung“ die „lieben Bürgerinnen und Bürger auf, ihre Meinung zu diesem Problem darzulegen.

Inzwischen sei auch eine Arbeitsgruppe der Görlitzer Stadtverordnetenversammlung gebildet wor-

den, die die Diskussion um das „Land Schlesien“ strukturieren solle.

Ein CDU-Stadtverordneter schreibt in der CDU-Zeitung „Union“: „Die heutigen Ländermacherexperten für die DDR sollte man darauf hinweisen, daß die Schaffung von fünf vorgesehenen Ländern nur mit einem genetischen Defekt behaftet möglich ist, weil auf dem Gebiet der DDR mindestens sieben historisch gewachsene Völkerschaften vorhanden sind ...

Was wir jetzt neu gestalten, sollte fundiert und richtig sein.“

Daß die Meinungsbildung längst auch die breite Bevölkerung erreicht hat, die sich nicht noch einmal als „Beute-Sachsen“ vereinnahmen lassen will, deutete sich am vergangenen Sonntag an.

Als beim Auftritt eines bekannten bundesdeutschen Volksmusikängers in der Görlitzer Stadthalle das „Schlesienlied“ angestimmt wurde, kam es zu dem, was man in Mitteldeutschland noch vor wenigen Monaten als eine „machtvolle Manifestation“ bezeichnet hätte, ein begeistertes Publikum sang begeistert mit, spendierte „ständig ovations“ und schwenkte „Weiß-Gelb“.

Die über 1500 Besucher waren aus allen fünf Kreisen der schlesischen Oberlausitz angereist.

Für das „Land Schlesien“ dürfte es bereits eine große „emotionale Mehrheit“ geben. Sollte ein breiter Konsens der politischen Parteien und Gruppierungen in den betroffenen Kreisen in dieser Frage bald Strukturen gewinnen, dürfte in absehbarer Zeit ein neues Kapitel in der Geschichte des deutschen Föderalismus geschrieben werden.

Liebe schlesische Landsleute

Wer die Zeiten nach 1990 miterlebt hat, wird sich an die in dem Beitrag aus der „Deutschen Umschau“ beschriebenen Bemühungen erinnern.

Weniger bekannt sein wird, daß sich auch unser am 12. August 1990 gegründeter Bund für Gesamtdeutschland, damals mit unserem Landesverband Sachsen, 1991 mit Plakatierungen an Wartehäuschen längs der Neiße für ein freies Schlesien eingesetzt hat. Die Obrigkeitgläubigkeit erlaubte es aber nicht, neuen Gruppierungen Vertrauen entgegenzubringen, sondern folgte den „Etablierten“.

Mit unserem Landesverband Schlesien setzen wir uns auch heute noch für ein freies Schlesien ein.

Horst Zaborowski